

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 03.03.2021
Sitzung Nummer:	8 (SFFGA/8/2021)
Sitzungsdauer:	17:30 - 20:30 Uhr
Sitzungsort:	Kreissparkasse Stendal, Ausbildungszentrum, Arneburger Straße 28, 39576 Hansestadt Stendal Das Ausbildungszentrum befindet sich hinter den beiden Sparkassengebäuden.

Christel Güldenpfennig
Vorsitzende

Alessa Stobinski
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Frau Christel Güldenpfennig

Mitglieder

Herr Andreas Cosmar

Herr Björn Eckhard Dahlke

Herr Hennig von Katte von Lucke

Frau Doreen Müller

Herr Kevin Schlamann

Herr Ulrich Siegmund

Frau Sandy Zacharias-Schulz

sachkundige Einwohner

Herr Robert Krüger

Herr Reiko Lühe

Frau Karin Roelofsen

Frau Kerstin Schmidt

Frau Xenia Schüßler

Protokollführer

Frau Alessa Stobinski

von der Verwaltung

Herr Thomas Löttsch

Frau Christiane Rütten

Frau Dr. Iris Schubert

Herr Sebastian Stoll

Teilnehmer

Herr Ralf Berlin

Herr Rüdiger Kloth

Herr Nico Schulz

Frau Annegret Schwarz

Gäste

Frau Sandra Braun

Herr Bernd Poloski

Herr Holger Schulz

Abwesend:

sachkundige Einwohner
Herr Gert Kahle

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 02.12.2020
- 6 Medizinische Grundversorgung am Standort Havelberg
- 7 Anfragen und Anregungen

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Güldenpfennig eröffnet um 17.30 Uhr die 8. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit und begrüßt alle Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie der Beschlussfähigkeit

Frau Güldenpfennig stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Es sind 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Es fehlt der sachkundige Einwohner Herr Kahle.

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Frau Güldenpfennig erläutert, dass Frau Braun, Herr Schulz und Herr Poloski heute an der Sitzung teilnehmen. Herr Poloski ist Bürgermeister der Stadt Havelberg. Frau Braun und Herr Schulz vertreten den Verein Pro Krankenhaus Havelberg. Sie bittet daher um das Rederecht für die o.g. Personen.

➔ ***einstimmig beschlossen***

Frau Güldenpfennig weist darauf hin, dass diese Veranstaltung kein Wahlkampf sein soll und bittet um eine sachliche Diskussion. Es geht hier um die Bürger/innen in Havelberg und die medizinische Versorgung in Havelberg. Sollte es gewünscht sein, dass Redebeiträge wörtlich aufgenommen werden, muss dies vorher angezeigt werden.

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Frau Görtz: Der ehemalige Landrat Herr Wulfänger wusste nach eigener Aussage, dass KMG seit 2017 das Krankenhaus in Havelberg schließen wollte. Warum hat dieser Ausschuss zu diesem wichtigen Thema nicht schon vor Monaten getagt? Warum tagt er jetzt erst nach einem Antrag im Kreistag? Wir haben das Gefühl, dass dieses Thema nicht ernst genommen wird.

Frau Güldenpfennig antwortet, dass im Ausschuss immer wieder über die Sachlage informiert wurde. Die Thematik des Krankenhauses Havelbergs wurde in vielen Sitzungen des Kreistages ebenfalls behandelt. Der Antrag der Fraktion Pro Altmark wurde im letzten Kreistag eingebracht. Zuvor hatte keine Fraktion darauf bestanden, dieses Thema in diesem Fachausschuss zu behandeln.

Herr Pohland stellt eine Frage zum Regionalmonitor 2019. Dort ist verankert, dass der Fortbestand des Schwerpunktkrankenhauses Stendal und der Krankenhäuser Seehausen und Havelberg sehr wichtig ist, um die Basisversorgung im Flächenlandkreis sicherzustellen. Weiterhin ist im Kreisentwicklungskonzept aufgeführt, dass zur Sicherung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung eine Dringlichkeitserklärung an das Ministerium für Soziales und an die Kassenärztliche Vereinigung zu erarbeiten. Was ist Inhalt dieser Erklärung? Was ist daraus geworden?

Frau Güldenpfennig sichert hierzu eine schriftliche Antwort zu.

Es werden keine weiteren Fragen durch Einwohner gestellt.

zu TOP 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 02.12.2020

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 02.12.2020 zur Abstimmung gestellt.

einstimmig beschlossen

Enthaltung 1

zu TOP 6 Medizinische Grundversorgung am Standort Havelberg

Herr Stoll führt in die Thematik ein. Er erklärt, dass sich in Vorbereitung auf die Sitzung mit den Beteiligten und Verantwortlichen in Verbindung gesetzt. In dem Schreiben haben wir darüber informiert, dass dieser Ausschuss tagen wird und unter welchem Thema diese Sitzung stehen wird. Vom Sozialministerium liegt bis heute keine Antwort vor, ob eine Teilnahme an dieser Sitzung stattfindet. Herr Dr. Krössin wird durch eine Telefonschleife an der Sitzung teilnehmen und für Fragen zur Verfügung stehen. Die KMG wies lediglich daraufhin, dass sich die Rahmenbedingungen bisher nicht verändert haben und aus diesem Grund keine Notwendigkeit gesehen wird, an dieser Ausschusssitzung teilzunehmen. Die Salus gGmbH hat ihr Konzept bereits im Kreistag vorgestellt und seitdem nicht weiter vertieft. Auch sie sehen keine Notwendigkeit an der Sitzung teilzunehmen. Das Agaplesion Diakoniekrankenhaus in Seehausen hat noch immer kein Interesse an einer Übernahme oder an einer Beteiligung des Krankenhauses.

In den letzten Wochen und Monaten haben viele Gespräche zwischen dem Landrat und dem entsprechenden Ministerium, sowie der Salus und der Johanniter stattgefunden. In der letzten Woche Donnerstag hat ein Termin in Havelberg stattgefunden, an dem der Landrat ebenfalls teilgenommen hat.

Herr von Katte von Lucke merkt an, dass das Ministerium angeschrieben wurde und bis heute nicht geantwortet hat. Wurde noch einmal bei dem Ministerium angerufen und mündlich nachgefragt?

Eben wurde erklärt, dass der Landrat Gespräche mit dem Ministerium geführt hat. Gibt es Ergebnisse aus diesen Gesprächen? Als es am 23.02.2021 das Gespräch in Havelberg gab, gab es eine Frage die maßgeblich entschei-

dend ist für das weitere Vorgehen. Es wurde gefragt, ob eine Erlaubnis/Genehmigung auf eine Nebenbetriebsstätte vorliegt. Gibt es dazu bereits eine Antwort?

Herr Stoll erklärt, dass er keine Kenntnis darüber hat, ob eine mündliche Nachfrage beim Ministerium stattgefunden hat.

Zur Nebenbetriebsstätte ist zu sagen, dass der Landrat dazu mit dem Sozialministerium telefoniert hat. Es wurde mitgeteilt, dass ein solcher Antrag auf Nebenbetriebsstätte in keiner Abteilung des Sozialministeriums vorliegt.

Herr Dr. Krössin wird nun zur Sitzung zugeschaltet und informiert über den aktuellen Sachstand.

Ein Kauf des Krankenhauses ist gescheitert, weil die Johanniter der KMG ein Konzept unterbreitet hat, welches wie folgt lautet:

Es sollte eine Nebenbetriebsstätte aufgebaut und eine Geriatrie betrieben werden. Die Internisten sollten die Portalklinik mit versorgen.

Die KMG hat dies als Angriff auf ihre Standorte in Brandenburg gesehen und dem Konzept nicht zugestimmt. Der Landrat hat versucht im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin zu verhandeln und auch die Gespräche weiterzuführen. Allerdings war das Verhandeln mit KMG nicht mehr möglich.

Es sollte auch noch gesagt werden, dass die Verlegung von Patienten in ein anderes Bundesland von den Kostenträgern mit einem Einzelantrag genehmigt werden muss.

Im Hintergrund wurde durch Johanniter weiterhin mit der Firma Phillips gearbeitet. Diese Firma ist sehr bedeutend, da eine Portalklinik nicht ohne digitale Medizin betrieben werden kann. Zu der digitalen Medizin gehört auch die Einrichtung von Telesprechstunden. Das bedeutet, dass sich der Patient mit einem Bildschirm im Raum befindet und über diesen Bildschirm die Ersteinschätzung durch einen Arzt stattfindet. Ein anderes Beispiel für die digitale Medizin ist auch das Röntgen in Havelberg, auf Anweisung eines Arztes in Stendal.

Bereits seit vielen Monaten wird der Politik deutlich gemacht, dass keine Zustimmung der Kostenträger benötigt wird um eine Nebenbetriebsstätte zu genehmigen. Es solle lediglich 30-40 Betten budgetneutral aus dem Krankenhaus Stendal genommen werden und in Havelberg/Genthin aufgestellt werden. Der Antrag auf Erteilung einer Nebenbetriebsstätte wurde im November/Dezember 2020 beim Sozialministerium gestellt und bisher gibt es noch immer keine Reaktion darauf.

Wir haben uns demnach bereits nach Alternativlösungen umgesehen. Eine der Alternativen ist es innerhalb von 9 Monaten eine Portalklinik in modularer Bauweise zu errichten. Zudem werden wir einen hochqualifizierten Geriater und Kardiologen in Stendal zu sitzen haben, die die Nebenbetriebsstätte der Geriatrie in Havelberg mit betreiben wird. Dies ist ein strategischer Schritt der uns gelungen ist. Zudem haben wir erneut deutlich gemacht, dass die Luftrettung die einzige Möglichkeit ist, Patienten mit einem bestimmten Krankheitsbild aus Stendal und Umgebung in das zuständige Spezialzentrum zu verlegen. Bei gewissen Diagnosen zählt jede Sekunde und dabei ist die Landrettung nicht einsetzbar. Wir sind derzeit dabei einen Raum- und Funktionsplan zu erstellen. Die Firmen werden dann visualisieren und Konzepte vorstellen.

Nun stellt sich natürlich die Frage, wie der Landkreis oder die Kommunen helfen können. Es wird ein Grundstück in Havelberg benötigt. Da sollten also politische Wege gefunden werden, wie dieses Grundstück zur Verfügung gestellt werden kann. Nach der Erstellung des Raum- und Funktionsplan, kennt man ungefähr die Ausmaße des Baus. Sicherlich sollte auch gleich die Rettungswache und ein Rettungshubschrauberplatz dort integriert werden.

Es wurde bereits sehr viel Energie investiert und wir halten weiterhin am Konzept der Portalklinik fest.

Herr Holger Schulz fragt nach der Anzahl und Schwere der Notfälle in Havelberg.

Herr Dr. Krössin erklärt, dass der Landrat ebenfalls diese Informationen abgefordert hat. Sobald diese Informationen zusammengetragen wurden, werden sie auch den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Herr Siegmund hinterfragt, ob der Antrag auf Nebenbetriebsstätte im November gestellt wurde. In der letzten Sitzung des Sozialausschusses des Landtages wurde das Thema der Gesundheitsversorgung in Havelberg von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Wie hoch wären die Investitionszuschüsse, wenn die Genehmigung zu einer Nebenbetriebsstätte vorliegen würde? Wie viel Geld würde es ungefähr benötigen um eine solche Einrichtung an diesem Standort aufzubauen? Geht es im morgigen Gespräch mit der Ministerin auch um die Erteilung der Nebenbetriebsstätte?

Herr Dr. Krössin erklärt, dass es bereits Behauptungen gibt, dass dieser Antrag auf Nebenbetriebsstätte gar nicht gestellt wurde. Ich kann nur sagen, dass ich diesen Antrag persönlich erstellt und unterschrieben habe. In den vergangenen Gesprächen mit dem Ministerium wurde dieses Thema immer wieder angesprochen. Aus diesem

Grund fällt es mir schwer zu glauben, dass der Antrag dort nicht eingegangen ist. Dieses Thema ist dem Ministerium bekannt.

Zur zweiten Frage möchte ich einen Bereich nennen, den wir bereits kalkuliert haben. Die EDV-Anbindung zwischen Havelberg und Stendal wurde auf eine Summe zwischen 700.000 und 900.000 € geschätzt. Sobald die kalkuliert wurden, werden wir einen Antrag stellen an den Krankenhausinnovationsfond. Es wird sich auf circa 15 Mio. € belaufen. Der Antrag wird gestellt, egal in welcher Höhe die Kosten ausfallen.

Frau Schwarz fragt nach, wann Dr. Krössin bekannt wurde, dass der Antrag auf Nebenbetriebsstätte nicht vorliegt. Gibt es in diesem Antrag auch Forderungen zum Verlustausgleich?

Herr Dr. Krössin antwortet, dass dies heute bekannt wurde. Forderungen zum Verlustausgleich gibt es im Antrag nicht.

Herr Schlamann möchte wissen, ob die Portalklinik in Havelberg von einer Portalklinik in Genthin abhängig ist?

Herr Dr. Krössin erklärt, dass es keine andere Lösung geben wird, da keine weiteren Häuser der Grund- und Regelversorgung aufgebaut werden. Das Krankenhaus Stendal ist wichtig, um die Standorte Seehausen, Havelberg und Genthin zu versorgen.

Herr Holger Schulz hinterfragt, was nun vom dem Fachausschuss erwartet wird.

Herr Dr. Krössin erläutert, dass der politische Druck erhöht werden muss, da das Ministerium bisher nicht handelt. Es werden keine Entscheidungen getroffen. Vielleicht ändert sich dies mit öffentlichem Druck. Zudem ist eine Parteiübergreifende Arbeit notwendig. Der Kreistag muss geschlossen auftreten und den Landrat mit einem robusten Auftrag wieder zum Ministerium leiten.

Herr Cosmar fragt, ob der Antrag auf Nebenbetriebsstätte kurzfristig noch einmal gestellt werden kann.

Herr Dr. Krössin sichert zu, dass der Antrag morgen erneut versandt wird. Dieser Antrag kann im Anschluss auch an den Kreistagsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Ein Lösungskonzept der Landesregierung habe ich ebenfalls noch nie gesehen.

Frau Güldenpfennig bedankt sich bei Herrn Dr. Krössin für die Ausführungen. Sie fasst zusammen, dass die parteiübergreifende Arbeit nun im Vordergrund stehen sollte, um den Druck zu erhöhen. Sie verabschiedet sich nun von Herr Dr. Krössin.

Herr Dahlke fragt, ob es Gespräche zwischen dem Landrat und Ministerium gab, wo die Portalklinik und das Thema der Nebenbetriebsstätten angesprochen wurden?

Herr Stoll bejaht dies. In den Terminen, wo auch ich anwesend war, wurden diese Themen angesprochen. Das Sozialministerium sind diese Fakten also bereits sehr lange bekannt. Zudem gab es auch immer eine Mitarbeiterin des Sozialministeriums, die die Inhalte der Gespräche mitgeschrieben hat.

Herr Dahlke bittet darum, diese Gesprächsnotizen aus dem Sozialministerium für den nächsten Kreistag abzufordern.

Herr Poloski weist daraufhin, dass im Jahr 2017 die KMG nicht angekündigt hat, das Krankenhaus zu schließen. Es wurde damals lediglich auf die wirtschaftliche Lage des Hauses hingewiesen. Darauf wurde auch das Sozialministerium hingewiesen. Erst am 08.01.2020 wurde bekannt, dass das Krankenhaus geschlossen werden soll.

Herr Cosmar bittet darum, dass die Gespräche zwischen dem Ministerium und dem Landrat zukünftig durch die Kreisverwaltung protokolliert werden.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, dass man nun gemeinsam für den Standort Havelberg eintreten muss. Es muss nun parteiübergreifend gearbeitet werden. Der Landkreis sollte es sich nicht gefallen lassen, dass das Sozialministerium einfach nicht antwortet und Rückmeldungen für überflüssig erachtet. Die Ausschussmitglieder sollen all diese Informationen nun in ihre Fraktionen tragen, um im Kreistag einen einheitlichen Standpunkt zu vertreten.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

zu TOP 7 Anfragen und Anregungen

Da es keine Anfragen gibt, wird der öffentliche Teil der Sitzung beendet.